

sel schon vorüber. Sozialismus sei etwas ganz anderes, es sei Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Beifall links, Beifall.)

Die Rede des Abg. Hörsch war so aufgebaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wie hätten wir wohl auf unserem Kopf bestehen bleiben sollen? Auch an unserem guten Willen und Glauben an unseres Vaterlandes Zukunft hat der Vordredner gesprochen, wie die Verhältnisse liegen. Da sei es doppelt schmerzhaft, solche Worte und Vorwürfe anhören zu müssen. Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und damit beweisen habe, daß nichts verheimlicht werden solle. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. In der militärischen Frage sei tatsächlich die Entente am Vorabend der Konferenz in Brüssel erst schuldig geworden. In dieser Angelegenheit zu verhandeln, im übrigen sei es aber der Entente selbst bis zu Beginn der Verhandlungen sehr lieb gewesen. Am Dienstag haben wir dann auseinandergesetzt, daß wir die Entente nicht vornehmen können, wenn gleichzeitig die Reichswehr reduziert werde, und dabei habe er gleichzeitig über die bolschewistische Frage im Osten gesprochen, ohne ein Urteil über den Bolschewismus selbst sich anzumessen. Wenn der Vordredner uns vorwirft, wir hätten die nationale Würde und Festigkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Der Vorwurf, wir hätten Rechtsmittel aufgegeben, auf die wir nicht hätten verzichten dürfen, trifft nicht zu. Die Entente hat ausdrücklich erklärt, es komme gar nicht darauf an, ob wir in der Besetzungfrage unterzeichnen wollten oder nicht. Damit hätten wir uns also doch nichts vergeben. Auch in der Kohlenfrage seien wir fest geblieben bis zuletzt. Unsere Unterschrift schloß außerdem den Artikel 7 vollständig aus. Der dritte Vorwurf, wir hätten unerfüllbares unterschrieben, sei schwer zu beantworten, da man über den Begriff unerfüllbar verschiedener Ansicht sein könne. Die Entente müßte bis 1. September erledigt sein, und hierzu muß das ganze Volk mithelfen. Schwierigkeiten bieten alle diese Fragen, aber unerfüllbar seien sie nicht. Mit der Kohlenfrage sei es nicht anders. Zur Ehrenhaftigkeit der Militärenten müssen wir das Vertrauen haben, daß uns aus Oberschlesien 3-400 000 Tonnen zukommen könnten. Was hätten wir erreicht, wenn wir fest geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten? Schließlich wären die Arbeiter den Bedingungen der Entente doch gefolgt, und dann wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands mit Kohlen gesättigt worden und damit der Zwiepsalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sehe dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, den Vordredner oder einen seiner Freunde nach Genf zu schicken. Vielleicht wird ihnen dort zum Bewußtsein kommen, daß sie zu einem geschlagenen Volke gehören und statt zu befehlen verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.) — Nach Genehmigung einer Reihe kleiner Vorlagen verlagte das Haus die Wetterberatung auf den heutigen Mittwoch.

Kleine politische Meldungen.
Die Stärke des neuen Heeres. Das neue Reichsheer wird nach der Herabsetzung auf 100 000 Mann folgende Stärke aufweisen: 1 Chef der Heeresleitung, 4 Generale, 14 Generalleutnants, 36 Generalmajore, 129 Obersten, 205 Oberleutnants, 412 Majore, 1058 Hauptleute, 598 Oberleutnants, 1192 Leutnants, 217 Kerzte, 142 Veterinäre, 109 Musikmeister, 100 Jagdmeister, 100 Oberfeuerwerker, 97 Feuerwerker, 142 Zeugfeldwebel, 198 Schirmermeister, 48 Briefstaubenmeister, 93 Unterwaffenmeister, 317 Fahnen-schmiede, 722 Oberfeldwebel, 2097 Feldwebel, 13593 Unter-offiziere, 78 373 Mannschaften.
Die verlorene Finanzhoheit Deutschlands. Der Temps erfährt aus dem Ministerium des Reichens, daß gegen die ferneren Abschlüsse von Kreditabkommen Deutschlands mit neutralen Ländern der alliierte Rat generell Einspruch erheben wird. Der Temps fügt hinzu: Damit würde der Anfang gemacht, die deutsche Finanzverwaltung ganz der Kontrolle der Wiedergutmachungskommission zu unterstellen.
Die Arbeiten des Reichstages. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hielt gestern eine längere Sitzung ab, in der die Geschäftslage besprochen wurde. Man beschloß, zu dem Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa nur eine Rednergarnitur zu Worte kommen zu lassen. Allgemein kam der Wunsch zum Ausdruck, die Beratungen

des Reichstages noch in dieser Woche zum Abschluß zu bringen.
Wiesensprecher und Wenigsprecher. Der Reichspostminister teilte dem Handelskammerverband mit, daß baldmöglichst ein neuer Fernsprecharter dem Reichstage vorgelegt werden wird. In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlußgebühr, die entsprechend der Selbstkosten der Verwaltung nach der Größe der einzelnen Netze bemessen wird und einer Gesprächsgebühr, die in mehrere Stufen nach der Zahl der Gespräche gestaffelt ist. Die Gesamtgebühren werden also nach dem Grad der Benützungsmöglichkeit und der tatsächlichen Benützung des Fernsprechers bestimmt werden. Die Wiesensprecher werden mehr zu zahlen haben als die Wenigsprecher.
Lebensmittelvorsorge für Deutschland. Infolge der in Spa getroffenen Vereinbarungen, welche eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeute von Kohlen bezwecken, haben sich die Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien veranlaßt gesehen, gemeinsam Lebensmittelvorsorge für Deutschland zu gewähren. Die französische Regierung hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.
Schiedspruch im mitteldeutschen Bergbau. Das Schiedsgericht der Bergleute des mitteldeutschen Bergarbeiterverbandes hat folgenden Schiedspruch gefällt: Es wird eine Schichtlohnsteigerung von 3 Mk. gewährt, ferner 1 Mk. Kinderzulage und 1 Mk. Hausstandszulage zu den bisherigen Sätzen. Damit sind die Forderungen der Bergarbeiter erfüllt worden. Die nächste Konferenz der Bergleute, die Sonntag, den 1. August, in Halle stattfindet, wird über die Annahme dieses Schiedspruches durch die Bergleute entscheiden; man nimmt an, daß er angenommen werden wird.
Bevorstehende Viehtierschneidungen. In Ausführung des Spaer Kohlenabkommens plant die Reichsregierung im Interesse der deutschen Industrie und zur Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit infolge Stilllegung von Industrien eine umfassende Einschränkung des Verbrauchs von Licht für Kinos, Schaustellungen, Luxusunternehmen und Reklamebeleuchtung. Auch dürfte eine Herabsetzung der Polizeilichtstärke und die Einführung der bekannten Nachtbeleuchtung in Gastwirtschaften für die nächste Zeit durchgeführt werden.
Dr. Dörren noch in Haft? Wie die Sächs. Korresp. meldet, erklärte ein Vertreter des Oberreichsanwalts, daß er mitlich von einer Haftentlassung Dr. Dörrens im Gegensatz zu der Erklärung des Ministers Simons nichts bekannt sei. (Darnach scheint sich Dr. Dörren noch in Haft zu befinden.) Nach einer Meldung aus Mainz und Wiesbaden sind gestern in beiden Städten mehrere Verhaftungen von Bürgern, darunter drei Polizeibeamten, erfolgt, weil sie laut erstatteten Anzeigen der Mißschuld an der Einführung und Festnahme Dörrens beschuldigt sind.
Die Entscheidung über die Abstimmungsgebiete Ost. Havas meldet: Die Botschafterkonferenz hat dem italienischen Botschafter das Referat über den Bericht der Weisitzkommission von Altstein und Marienwerder übertragen. Ein polnischer Einspruch gegen die Abstimmungsergebnisse, der von Warschau angelangt war, ist dem Militärerrat bisher nicht zugegangen. (Dieser Tage war gemeldet worden, daß Italien und England für Zurückgabe des gesamten Abstimmungsgebietes an Deutschland gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung seien. Diese Absicht scheint durch die Übertragung des Referats an den italienischen Botschafter ihre Bestätigung zu finden.)
Aufstellung des französischen Gesandten in München. Die Frage der Entsendung eines französischen Gesandten nach München dürfte von der bayerischen Regierung in dem Sinne bereits gelöst sein, daß Bayern nicht direkt mit dem französischen Gesandten in Verkehr tritt, sondern nach wie vor alle auswärtigen, Frankreich betreffenden Fragen mit dem auswärtigen Amt in Berlin unter Umgehung des französischen Gesandten in München behandelt. So wird der französische Gesandte in München, was die bayerische Regierung anbelangt, von selbst ausgeschaltet und bleibt weiter nichts als für seine Regierung ein Hornposten.

Die Organisation des Preisabbaues.

Vom Landespreiskomitee wird W. S. B. mitgeteilt: Die derzeitige Wirtschaftslage und die Gesamtumstände fordern dringend eine Vertretung des Arbeitsgebietes, eine Intensivierung der Tätigkeit aller sich mit Preisregelung befassenden Stellen. Mit dem fortschreitenden Abbau der Zwangswirtschaft muß an die Stelle öffentlicher Bewirtschaftung in weiterer Weise als bisher Preisregelung treten. Der Rückgang des Beschäftigungsgrades in der Industrie schwächt die Kaufkraft weite Kreise, die die hohen Kosten der Lebenshaltung kaum mehr und nicht mehr bestreiten können. Die Not ist groß und wird größer werden. Die kommenden Wochen und Monate werden von dem exportindustriellen Sachsen besonders schwer empfunden werden. Eine Verbilligung der Lebenshaltung durch Preislenkung mit öffentlichen Mitteln ist nicht angängig. Deshalb muß mit aller Energie der allgemeine Preisabbau auf allen Gebieten, wo es irgend möglich ist, begonnen werden. Die Preisprüfungsstellen sind hierzu in erster Linie berufen; eine planmäßige gleichgerichtete Tätigkeit aller lokalen Stellen wird hierfür Erfolg zeitigen. Das Wirtschaftsministerium hat das Landespreiskomitee mit Vornahme der zu diesem Zwecke notwendigen Organisationsarbeiten beauftragt.
Das Landespreiskomitee wird die bisherigen lokalen Preisprüfungsstellen annähernd gleicher Wirtschaftsgebiete in Bezirkszentralen zur Marktpreisbildung zusammenzuschließen. Die bedeutende Verschärfung der Wirtschaftslage in Sachsen fordert die Bildung von mindestens drei solcher Bezirkszentralen, Ostsachsen, Westsachsen, Gebirgsdistrikt. Die lokalen Preisprüfungsstellen betreiben

auf ihrem Gebiet Preisprüfung und Preisbildung und werden planmäßig und berodlich ihre Maßnahmen und Ergebnisse der betreffenden Bezirkszentrale, die dann durchschlüssig Marktpreise planmäßig und berodlich bekanntgeben wird. Diese jedermann bekannten, für die ganze Bezirkszentrale geltenden Marktpreise werden die Verfolgung unangemessener Preissteigerungen feststellen und an sich preiswindernd wirken. Verfehlungen werden vom Wuchergericht geahndet. Das Landespreiskomitee wird mit seinen Bezirkszentralen in eine Arbeitsgemeinschaft mit der Thüringen und Mitteldeutschland umfassenden entsprechenden Organisation, die ihren Sitz in Gera hat, eintreten.
Vorerst sind von jeder einzelnen Preisprüfungsstelle folgende dringende Aufgaben unversäglich in Angriff zu nehmen: Nächste und wichtigste Objekte des Preisabbaues sind Obst, Gemüse, Kartoffeln. Die hohen Kirchenpreise sind wesentlich zurückzuführen auf die ungenügende Anwendung der nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 8. März 1920 den Kommunalverbänden zustehenden Befugnisse, Sachverträge wegen unangemessener Sachforderung aufzuheben. Zur Gewinnung von Marktrenten für die Verpachtung sind von jeder Preisprüfungsstelle unter Anführung von Sachverständigen Marktrenten für Obst, und zwar Erzeugerpreis, Großhandelspreis, Kleinverkaufspreis, festzustellen. Das kann nur unter Zugrundelegung der besonderen lokalen Verhältnisse geschehen. Generell kann nur gesagt werden, daß nach Ansicht des Landespreiskomitees eine Steigerung der Marktrenten für 1920 auf mehr als 10 bis 20 Prozent (erhöhte Marktpreise für Pflege und Bewachung) des Marktrenten für 1919 als unangemessen anzusehen ist. Versteigerung gegen Meistgebot sollte der preiswindernden Wirkung wegen ganz unterbleiben; wenn überhaupt Versteigerung Platz greifen muß, so ist das Einschreibeverfahren anzuwenden. Durchaus unstatthaft ist es, wie bei den Kirchen vielfach geschehen, wenn öffentliche Körperlichkeiten glauben, zur Verringerung ihrer sonstigen hohen Lasten hohe Marktrenten stellen zu dürfen. Eine solche Umwälzung auf die Taschen der Verbraucher ist nicht angängig und volkswirtschaftlich falsch.
Widerstrebenden Berdächtern ist ebenfalls zu begegnen, daß nach Verordnung W. S. B. 1917 S. 266 aus Gründen der Volksernährung das Obst auf Verordnung der Polizeibehörde zwangsweise unter Anführung von Sachverständigen verkauft wird. Die bei den Kommunalverbänden zusammengestellten Listen für Obstverträge sind den Preisprüfungsstellen auf Anforderung zugänglich zu machen. Die vorstehenden Aufgaben sind von den Preisprüfungsstellen bzw. den Kommunalverbänden mit aller Energie und unversäglich in Angriff zu nehmen. Das Landespreiskomitee hat weiter in Aussicht genommen, in kürzester Zeit in den einzelnen Bezirkszentralen mit dem Preisprüfungsstellen und Kommunalverbänden Konferenzen abzuhalten.

Von Stadt und Land.

Zur Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen. Wegen der Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen macht sich in der Bevölkerung eine ziemlich heftige Erregung bemerkbar. Die wir hören, sind die Behörden aber diese Erregung wohl unterrichtet und erkennen ihre Berechtigung an. Im Kultusministerium bedauert man diese Maßnahmen, die unter dem Druck der Verhältnisse getroffen werden mußten, am meisten. Eine große Anzahl sächsischer Städte war nämlich beim Kultusministerium mit dem dringenden Ersuchen um sofortige Schulgeldderhöhung eingekommen, da sie nicht mehr imstande wären, bei den bisherigen Schulgeldderhöhen die Schule weiter zu erhalten. Wie es um die Finanzen der Gemeinden steht, ist bekannt, und ebenso, daß die trostlose Finanzlage des Staates größere staatliche Zuschüsse nahezu vollständig ausschließt. Im Kultusministerium werden aber zur Zeit Maßnahmen erwogen, die geeignet erscheinen, die sozialen Schäden, die durch diese Schulgeldderhöhung zweifellos entstehen müssen, nach Möglichkeit abzumildern und einen Ausgleich herbeizuführen. Die Öffentlichkeit dürfte in Abrede über die näheren Schritte, die bald unternommen werden sollen, weiteres erfahren.
Die Empfänger von Militärversorgungsgeldern werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Zahlung der Geldern am 29. Juli stattfindet. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es zur Verminderung des Andrangs sehr erwünscht, daß sich in Aus die Hinterbliebenen in der Zeit von 8-10 vorm. die Krügelbeschädigten aber in der Zeit von 10-12 vorm. zur Abholung ihrer Renten an der Zahlstelle — am Postamt — einfinden. Aus demselben Grunde ist es zweckmäßig, daß am Zahlungstag der Invaliden, Kranken- und Altersrenten — d. h. der erste Werktag im Monat — die Rentempänger mit der Stammkartennummer 1 bis 600 am Vormittag zwischen 8 und 12 Uhr, die Empfänger mit höherer Stammkartennummer am Nachmittag zwischen 2 und 6 Uhr bei der Zahlstelle vorprechen. Die Militärversorgungsgeldernisse werden auch auf Wunsch der Empfänger gebührenfrei ins Haus gebracht. Anträge hierzu sind schriftlich auf einem Vordruck an die Postanstalt zu richten, die mit der Auszahlung beauftragt ist. Von ihr werden solche Vordrucke auf Verlangen abgegeben.
Bekämpfung des Nonnenstimmens. Da die Nonne in zahlreichen Staatsorten auftritt, hat die Regierung an alle zuständigen Behörden Verordnungen erlassen, dem Auftreten der Nonne in den Wäldern ihre ständige Aufmerksamkeit zu widmen. Es sollen Proben und Urakungen veranstaltet werden. Die Amtshauptmannschaften sollen auch den Privatwäldern ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Jede Wahrnehmung soll den Landesverwaltungen mitgeteilt werden.
Lebensmittel für aus ausländisches Schmalz, Marke VIII, 29, 125 Gramm Schweinefleisch zum Preis von W. S. B. 3,90